

## Statement KAB am 02.09.2021 im Franz-Hitze-Haus

Die KAB betrachtet seit vielen Jahren die Entwicklungen bei Löhnen und Tarifverträgen mit großer Sorge.

Die eben beschriebenen Entwicklungen führen u. E. zu gesellschaftlich katastrophalen Entwicklungen:

- Armut trotz Vollzeitarbeit steigt
- Zunahme von Menschen, die trotz jahrzehntelanger Erwerbstätigkeit als Rentner\*innen dennoch Grundsicherung benötigen, also im Alter erst Recht arm sind.
- Weitere Fragmentierungen in der Arbeitnehmerschaft mit zunehmender Polarisierung in einzelnen Branchen und Betrieben (s. GDL-Aktivitäten bei der Bahn)

Letztlich wird es zu einer Vertiefung der Spaltungen in unserer Gesellschaft führen, die mit Blick auf z. B. die USA uns drastisch vor Augen führen, dass die zunehmende Ungleichheit zu zunehmender Polarisierung der Gesellschaft und damit einer zunehmenden Gefährdung der Demokratie führen.

Dies kann niemand ernsthaft wollen!

Deshalb muss gegengesteuert werden und zwar so bald wie möglich.

Es braucht ein ganzes Bündel von arbeitsmarkt-, tarif- und sozialpolitischen Maßnahmen. Eine zentrale Möglichkeit den gefährlichen Entwicklungen entgegen zu treten bildet u. E. die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen: Per Gesetz werden Tarifverträge, die von autonomen Sozialpartnern ausgehandelt wurden, für alle Akteure in einer Branche für verbindlich erklärt. Dadurch wird der Tarifflicht, Sozial- und Lohndumping wirksam und gerichtsfest entgegengewirkt ohne die grundgesetzlich geschützte Tarifautonomie auszuhebeln.

Deshalb wollen wir in diesem Bundestagswahlkampf besonders auf dieses Thema hinweisen, mit den Kandidat\*innen darüber ins Gespräch kommen und werden bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen sehr genau hinschauen, inwieweit Schritte in diese Richtung benannt und vereinbart werden.

Hermann Hölscheidt